

NATIONALRAT
Sommersession 2018

Fragestunde vom 11. Juni 2018

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

18.5323 Reimann Maximilian. Sind elektromagnetische Felder zunehmend mitverantwortlich für Bienensterben, usw.?

- Was hält der Bundesrat von wissenschaftlichen Studien (u.a. FU Berlin 2013), die zunehmend auch niederfrequente elektromagnetische Felder für das Bienensterben, aber auch für die Reduktion von anderen wertvollen Insekten und Vogelarten, verantwortlich machen?
- Was ist der jüngste Stand der Forschung in der Schweiz dazu?
- Wird nach dem Zusammenhang von Elektromog und Bienensterben bzw. anderen Tierarten auch von Gremien geforscht, die völlig unabhängig zur Mobilfunkbranche stehen?

18.5330 Feller. Stand der vom Seco eingereichten Zivilklage gegen Viagogo

- In seiner Antwort auf die Interpellation 17.3879 wies der Bundesrat darauf hin, dass das Seco im September 2017 beim Handelsgericht des Kantons Zürich eine Zivilklage gegen Viagogo eingereicht hat, einer Plattform für den Wiederverkauf von Tickets. Noch sind auf der Viagogo-Website die fragwürdigen Praktiken nicht eingestellt. Vor Kurzem hat sich Fredy Knie öffentlich über die Plattform beklagt.
- Was ist der aktuelle Stand der Klage gegen Viagogo?
 - Kann eingeschätzt werden, bis wann das Gericht ein Urteil fällen wird?

18.5334 Steinemann. Wie viele Fachkräfte kommen wirklich via Personenfreizügigkeit?

- Unter Fachkraft versteht sich ein Arbeitnehmer, dessen Kenntnisse und Fähigkeiten von Schweizer Arbeitgebern im inländischen Arbeitsmarkt gesucht, aber nicht gefunden werden.
1. Wie viele EU-Arbeitnehmer haben 2015 bis 2017 eine Stelle in einer Branche angetreten, die eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von weniger als 1 Prozent aufwies?
 2. Wie viele Prozente an der ganzen Zuwanderung waren das jeweils?
 3. Wie viele Prozente an der Zuwanderung von EU-Bürgern mit Arbeitsvertrag waren das jeweils?

18.5344 Gutjahr. Gewichtung der Praxiserfahrung bei Neubesetzung der Professuren an der ETH

- Der ETH-Rat wird die Professuren im Bauingenieurwesen aufgrund von Pensionierungen wieder neu besetzen, was zu begrüßen ist.
1. Was unternimmt der Bundesrat grundsätzlich gegen die schleichende Verakademisierung im Bereich jener Professuren, bei denen ein hoher Praxisbezug elementar ist?
 2. Welche Kriterien sind generell für die Besetzung einer ETH-Professur massgebend?
 3. Wie wird dabei die Nähe zur Praxis gewichtet bzw. haben Vertreter der Branchen in solchen Findungskommissionen Einsitz?

18.5385 Vogler. Fehlende Professur für Raumentwicklung an der ETH

In der Schweiz fehlt es an fachlich qualifizierten Raumplanern. Gerade im Kontext einer erfolgreichen Umsetzung des revidierten Raumplanungsgesetzes sind entsprechende Fachleute zwingend notwendig. Gleichzeitig ist es der ETH nicht gelungen, für den bisherigen Inhaber des Lehrstuhls für Raumentwicklung eine ordentliche Nachfolge zu finden.

- Wie beurteilt der Bundesrat diese Tatsache?
- Erkennt er Handlungsbedarf, damit wieder mehr entsprechende Fachleute ausgebildet werden?

18.5357 Quadri. GAV für Tankstellenshops (1)

Am 1. Februar 2018 ist der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für Tankstellenshops in der Schweiz in Kraft getreten. Der Bundesrat hat dabei beschlossen, dass die Bestimmungen über die Mindestlöhne auf den Kanton Tessin nicht anwendbar sind. Der Tessiner Staatsrat hat verlangt, dass der oben genannte Mindestlohn auch im Tessin gelten soll; er befürchtet, dass dies sonst zu Lohndumping führen könnte.

Ist der Bundesrat bereit, die Situation nochmals in diesem Sinne zu prüfen, wie dies auch die Tessiner Regierung verlangt?

18.5358 Carobbio Guscetti. GAV für Tankstellenshops: Beabsichtigt der Bundesrat, in den Tessiner Tankstellenshops angemessene Mindestlöhne zu gewährleisten? (2)

Im November 2015 wurde der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für Tankstellenshops unterzeichnet, der auch Mindestlöhne vorsieht. Der Bundesrat hat diesen GAV für die gesamte Schweiz für allgemeinverbindlich erklärt mit Ausnahme der Mindestlöhne, die für den Kanton Tessin nicht gelten.

Wie will der Bundesrat garantieren, dass die Löhne auch im Tessin angemessen sind und welche Schritte beabsichtigt er insbesondere zu unternehmen, um in diesem Sektor - analog zur restlichen Schweiz - auch im Tessin einen Mindestlohn einzuführen?

18.5359 Pantani. GAV für Tankstellenshops in der Schweiz: Lohndumping im Tessin (3)

Am 1. Februar 2018 ist schweizweit der Gesamtarbeitsvertrag für Tankstellenshops in Kraft getreten. Der Bundesrat hat jedoch beschlossen, dass die GAV-Bestimmungen über die Mindestlöhne auf den Kanton Tessin nicht anwendbar sind.

Geht der Bundesrat angesichts der bereits prekären Bedingungen auf dem Tessiner Arbeitsmarkt nicht davon aus, dass das Fehlen von Mindestlöhnen, die im GAV ja vorgesehen sind, insbesondere in den Grenzregionen zu einem verstärkten Lohndumping führt?

18.5387 Müller-Altermatt. Verlegung des Bundesamts für Wohnungswesen. Ein Schnellschuss?

Der Bundesrat beschloss am 1. Juni 2018, den Personalbestand beim BWO um rund einen Drittel zu reduzieren und das BWO nach Bern zu verlegen.

Dies wirft Fragen auf:

- Hat der Bundesrat mit dem Kanton Solothurn und der Stadt Grenchen Optionen geprüft, um am Standort Grenchen eine kostengünstige Lösung zu finden?
- Welche Kosten generiert die Verlegung?
- Hat er abgeklärt, wie die Aufgaben des BWO hätten erweitert werden können auf die Behandlung der drängenden Probleme des Wohnungsbaus?

18.5391 Sommaruga Carlo. Offizieller Besuch des Vorstehers des WBF in Kasachstan: Stehen die Menschenrechte ebenfalls auf der Traktandenliste?

Bundesrat Schneider-Ammann wird demnächst mit einer Wirtschaftsdelegation nach Kasachstan reisen.

- Steht die Menschenrechtslage in Kasachstan auf der Traktandenliste?

- Falls nein: Warum nicht?

Gemäss Artikel 54 Absatz 2 der Bundesverfassung müsste das doch so sein.

- Falls ja: Was genau ist traktandiert?

Findet es Bundesrat Schneider-Ammann nicht opportun, sich dafür einzusetzen, dass die politischen Gefangenen, namentlich in den Haftanstalten in Almaty und in Karaganda, das Recht haben, von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern und vom IKRK besucht zu werden?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

18.5319 Molina. Unrechtmässige kasachische Vermögenswerte beschlagnahmt. Korruption bei der Rückgabe der zweiten Tranche?

Die Schweiz hat 163 Millionen Dollar an Kasachstan zurückgegeben. 115 Millionen im Jahr 2008 und 48 Millionen in jüngster Zeit. Die erste Rückzahlungstranche durch die Bota-Stiftung, in der die Schweiz vertreten war, verlief vorbildlich. Die zweite Tranche über den Treuhandfonds der Weltbank finanzierte Programme kasachischer Stellen und der Zivilgesellschaft, die der Korruption beschuldigt werden.

Kann das EDA sagen, ob der Mechanismus für die 48 Millionen tatsächlich problematisch war?

18.5320 Molina. Die unbedachten Äusserungen von Aussenminister Cassis gefährden die Schweizer Kandidatur für den Uno-Sicherheitsrat. Ist der Bundesrat bereit zu handeln?

Die öffentlichen Äusserungen von Bundesrat Cassis zum Flüchtlingshilfswerk UNRWA haben international hohe Wellen geschlagen. Es sieht so aus, als ob die Schweizer Kandidatur für die Amtszeit 2023-24 im UN-Sicherheitsrat gefährdet ist.

- Hält der Bundesrat Aussenminister Cassis noch für genug glaubwürdig, um die Kandidatur zu vertreten?

- Ist er bereit, das Dossier zur Vorbereitung der Kandidatur an ein anderes Regierungsmitglied zu vergeben?

18.5341 Mazzone. Nichtanerkennung der Roma als nationale Minderheit im Sinne des Rahmenübereinkommens des Europarates: Warum tritt der Bundesrat unsere Geschichte mit Füßen?

- Bestreitet der Bundesrat, dass seit 1418 Roma auf schweizerischem Boden leben?

- Wie rechtfertigt er seine Entscheidung, nachdem er die Sinti anerkannt hat und diese Gemeinschaft mit den Roma historisch eng verbunden ist?

- Wie kommt er zum Schluss, dass die Roma die Kriterien der Staatsangehörigkeit, des Willens, ihre gemeinsame Identität zu bewahren, sowie der seit langem bestehenden Bindung nicht erfüllen?

- Fast alle Kantone haben sich im Sinne einer Anerkennung geäussert - irren sie sich?

18.5343 Glarner. Kassieren die Regierungen der Entwicklungshilfe-Zielländer tatsächlich Eintrittsgebühr für unsere Helfer?

Einer DPA-Meldung zufolge kassieren Länder wie der Südsudan für ausländische Entwicklungshelfer eine Gebühr, damit diese den hungernden Einwohnern helfen dürfen. Auch Nachbarländer würden so verfahren.

1. Welche Länder fordern von der Schweiz solche "Eintrittsgelder" für Entwicklungshelfer?
2. Für vom Bund beauftragte Mitarbeiter oder für private Entwicklungsprojekt-Helfer oder für beide?
3. Zahlt der Bund oder private Organisationen?
4. Wie viel wurde 2015, 2016 und 2017 welchem Land bezahlt?

18.5350 Page. Intervention der Bundesbehörden bei der Erteilung von Schweizer Visa

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, das Bundesamt für Kultur und Pro Helvetia haben sich dafür eingesetzt, dass 4 irakischen Künstlern, die an ein Festival in Luzern eingeladen waren, Visa ausgestellt werden. Die Visa wurden aber verweigert, weil die Absicht der Iraker, nach dem Aufenthalt wieder aus der Schweiz auszureisen, nicht festgestellt werden konnte.

- Haben diese drei Behörden direkt ins Verfahren eingegriffen?
- Kommt es häufig vor, dass Bundesbehörden intervenieren, damit Visa ausgestellt werden?
- Wie viele der Ausländerinnen und Ausländer, denen ein Schweizer Visum ausgestellt wurde, haben in den Jahren 2016 und 2017 während ihres Aufenthalts Asyl beantragt?

18.5352 Romano. Beziehungen Schweiz-Italien. Wie weiter (2)?

Bundespräsident Berset hat in einem aktuellen Tweet von "Kontinuität und Verlässlichkeit" in den Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien gesprochen.

- Handelt es sich dabei um seine persönliche Meinung oder um die Meinung der ganzen Regierung?

In Wirklichkeit steht es um die Beziehungen schon lange nicht mehr zum Besten. In zahlreichen Dossiers geht es nicht vorwärts, und die Probleme bleiben ohne Lösungen.

- Verfügt der Bundesrat über eine Zusammenstellung, die über alle Departemente hinweg erfasst, welche Dossiers offen sind?
- Braucht es nicht eine umfassende Analyse, damit der wahre Zustand der bilateralen Beziehungen erfasst werden kann?

18.5409 Cattaneo. Tweet von Bundespräsident Alain Berset zur neuen Regierung Italiens

- Was hält der Bundesrat vom Kommunikationsmedium (Tweet), das Bundespräsident Berset im Zusammenhang mit einem so wichtigen Ereignis verwendet hat?

Bundespräsident Berset spricht in seiner Nachricht von der "ausgezeichneten Zusammenarbeit" mit der scheidenden Regierung.

- Ist der Bundesrat auf dem Laufenden über die hängigen Dossiers mit Italien: nicht unterzeichnetes Abkommen über die Grenzgängerbesteuerung, immer schwierigerer Marktzutritt für Finanzdienstleistungen?
- Wie gedenkt der Bundesrat die Situation mit der neuen italienischen Regierung anzugehen?

18.5367 Birrer-Heimo. Wegen Einsatz für die tibetische Sprache in China verurteilt. Wie reagiert die Schweiz?

Die Behörden von China gehen regelmässig gegen tibetische Kultur- und Sprachadvokaten mit harten Urteilen vor. Bekannt wurde das Urteil von 5 Jahren Haft gegen Tashi Wangchuk, der im Interview mit der New York Times die Einhaltung der verfassungsmässigen Sprachrechte für Minderheiten in China anmahnte.

Ist der Bundesrat bereit, gegen dieses Vorgehen der chinesischen Behörden gegen Tibeter, die ihre verfassungsmässigen Rechte einfordern, wie andere westliche Regierungen, öffentlich zu intervenieren?

18.5377 Graf Maya. Wegen Einsatz für die tibetische Sprache in China im Gefängnis. Wie reagiert die Schweiz?

Der Tibeter Tashi Wangchuk wurde im Januar 18 in Yushu, Qinghai, China zu 5 Jahren Haft verurteilt wegen einem Interview Ende 2015 für die New York Times in welchem er für den Erhalt der tibetischen Sprache gemäss chinesischer Verfassung plädierte. 2 Monate später wurde er verhaftet und wegen "Anstiftung zum Separatismus" verurteilt. Was kann der Bundesrat gegenüber der Volksrepublik China in diesem und ähnlich gelagerten Fällen zum Schutz der kulturellen und sprachlichen Freiheit für Tibeter unternehmen?

18.5392 Sommaruga Carlo. Wäre es nicht an der Zeit, den palästinensischen Staat anzuerkennen? (7)

Israel will keine Zweistaatenlösung. Der nächste Plan der USA, der anlässlich von Konsultationen bekannt wurde, gibt die Idee eines vollständig souveränen palästinensischen Staates auf, verlangt nicht mehr, dass Israel die illegal annektierten Siedlungsgebiete zurückgibt, anerkennt Jerusalem vollumfänglich als Hauptstadt Israels und gibt den Grundsatz des Rückkehrrechts der palästinensischen Bevölkerung auf. Ist der Bundesrat mit Blick auf diese Entwicklungen nicht auch der Meinung, dass es an der Zeit wäre, den palästinensischen Staat anzuerkennen?

18.5410 Friedl. Saudi-Arabien. Verhaftung von 7 Menschenrechtsaktivistinnen

Am 15. Mai 2018 nahm Saudi-Arabien sieben Aktivistinnen für Menschenrechte, die sich insbesondere gegen die männliche Vormundschaft über Frauen und das Fahrzeuglenkverbot für Frauen einsetzen, fest.

- Hat das EDA in Anbetracht unserer engen Beziehungen zu Saudi-Arabien und der Tatsache, dass die Gleichstellung der Geschlechter und die Förderung der Menschenrechte zentrale Inhalte unserer Aussenpolitik sind, gegen diese Verhaftungen protestiert?

- Wenn ja, in welcher Form?

Departement des Innern

18.5316 Bauer. Corela, IV und wie weiter?

Im Zusammenhang mit der Corela-Affäre hat der Bundesrat (18.5130) erklärt, dass die IV-Stellen von Amtes wegen die Situation der Personen erneut beurteilen würde, deren Gutachten der Klinik Corela in Auftrag gegeben worden waren. Später präzisierte er (18.3333), dass dies nicht möglich sei. Die betroffenen Personen müssten selbst ein Gesuch um Revision stellen. Meines Wissens gibt es mindestens ein Gesuch, auf welches die Antwort der kantonalen IV-Stelle lautete, der Fall werde nicht neu beurteilt, da nur die elf Fälle betroffen seien, die im Verfahren vor Bundesgericht erwähnt wurden. Wie gewährleistet der Bundesrat, dass die IV die Situation aller Personen überprüft, die von den gefälschten Gutachten betroffen sein könnten?

18.5338 Ruiz Rebecca. Euthyrox: Welche Vorkehrungen wurden vor dem Inverkehrbringen des Medikaments getroffen? (1)

Die Zusammensetzung von Euthyrox hat geändert. Das neue Präparat zur Behandlung von Störungen der Schilddrüse ist seit dem 1. April 2018 in der Schweiz erhältlich. Die Änderung der Zusammensetzung betrifft die Hilfsstoffe, nicht aber den Wirkstoff. Sie löste 2017 in Frankreich heftige Diskussionen aus, weil Patientinnen und Patienten starke Nebenwirkungen meldeten.

In Frankreich kam es zu Beschwerden - wie hat man sich vergewissert, dass die Patientinnen und Patienten in der Schweiz nicht von solchen Nebenwirkungen betroffen sein werden?

18.5339 Ruiz Rebecca. Euthyrox: Welche Vorkehrungen wurden vor dem Inverkehrbringen des Medikaments getroffen? (2)

- Welche Gründe konnten Swissmedic davon überzeugen, das Inverkehrbringen des Arzneimittels in der neuen Zusammensetzung zuzulassen?
- Welche Massnahmen wurden ergriffen, um Fragen von Patientinnen und Patienten zu beantworten, die sich über die neue Zusammensetzung Sorgen machen?

18.5342 Chiesa. Tweet: Unter guten Freunden ist man ehrlich. Wenn Diplomatie Gefahr läuft, zur Heuchelei zu verkommen

Bundespräsident Alain Berset dankt der Italienischen Regierung mit einem Tweet für die ausgezeichnete Zusammenarbeit.

Höflichkeit und Diplomatie in Ehren - doch:

Wäre Ehrlichkeit nicht angebrachter?

Das Tessin wartet seit langem auf den Zugang zu den Finanzmärkten und auf die Unterzeichnung des Grenzgängerabkommens.

- Ist eine solche Nachricht da nicht heuchlerisch?
- Ist der Bundespräsident nicht vielmehr der Ansicht, dass die Zusammenarbeit zu wünschen übrig liess?
- Sollte man unter guten Freunden nicht besser, anstatt dem anderen zu schmeicheln, ehrlich zueinander ist?

18.5365 Quadri. "Ausgezeichnete" Zusammenarbeit mit der scheidenden italienischen Regierung?

Bundespräsident Alain Berset hat der neuen Regierung Italiens gratuliert und seine Nachricht folgendermassen ergänzt: "Ich danke der scheidenden Regierung für die ausgezeichnete Zusammenarbeit in den letzten Jahren."

- Ist sich Bundesrat Berset wirklich sicher, dass die Zusammenarbeit mit der früheren italienischen Regierung so gut war, wenn man bedenkt, dass Italien uns gegenüber in verschiedenen Bereichen Verträge nicht einhält?
- Worauf stützt sich seine Aussage?
- Wird sie von seinen Bundesratskolleginnen und -kollegen geteilt?

18.5407 Merlini. Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien. Eine Idylle?

Bundespräsident Alain Berset hat der scheidenden Regierung Italiens gedankt "für die ausgezeichnete Zusammenarbeit in den letzten Jahren". Diese enthusiastische Einschätzung wird aber nicht gestützt vom kürzlich im Nationalrat behandelten Aussenpolitischen Bericht 2017, namentlich wegen des Abkommens über die Grenzgängerbesteuerung, das Italien bisher nicht genehmigt hat, und der nicht eingehaltenen Verpflichtungen im Bereich des Zugangs zu den Finanzmärkten. Hat sich der Bundespräsident bei seiner Einschätzung mit dem Gesamtbundesrat abgesprochen?

18.5345 Golay. Lückenhafte Statistiken über die verschiedenen Kategorien von Amputationen in der Schweiz

Derzeit ist es schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, Schlussfolgerungen aus Studien zu ziehen, welche die Anzahl der von einer Amputation betroffenen Menschen in der Schweiz, die Ursachen der Amputation (Unfall/Krankheit), das Amputationsniveau und die Altersgruppe der von diesem Handicap betroffenen Menschen untersuchen. Könnte das Bundesamt für Statistik diese Lücken schliessen?

18.5349 Schneeberger. Umsetzung der eidgenössischen Volksinitiativen "Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)" und "Für Ernährungssouveränität"

1. Mit welchem zusätzlichen Aufwand müsste der Bundesrat sicherstellen, dass eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die als Lebensmittel verwendet werden, mindestens den Anforderungen der Initianten entsprechen?
Welche Auswirkungen hätte dies auf die Zollverwaltung?
2. Müssten Einzelpersonen, die Lebensmittel einführen, auch mit zusätzlichen Kontrollen bei der Einreise in die Schweiz rechnen?
Wie hoch schätzt der Bundesrat die Kosten für diese Personenkontrollen?

18.5408 Walti Beat. Umsetzung der eidgenössischen Volksinitiative "Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)"

1. Wie werden mit Annahme der Fair-Food-Initiative die Kontrollen im Bereich Lebensmittel, Zoll, Tierschutz o.ä. intensiviert?
2. Welche Folgen hätte dies für die heimische Lebensmittelproduktion?
3. Wie hoch schätzt der Bundesrat den zusätzlichen Kostenaufwand dieses Kontrollapparats durch die Fair-Food-Initiative?
4. Wer soll den notwendigen staatlichen Kontrollapparat finanzieren (bspw. die Steuerzahler, die Landwirte/Hersteller/Importeure, die Konsumenten)?

18.5354 Herzog. OKP-Leistungen bei Mutterschaft

Am 21. Juni 2013 hat das Parlament die gesetzliche Grundlage für die Kostenübernahme durch die OKP bei Mutterschaft geändert. Damit sollen Frauen ab der 13. Schwangerschaftswoche und bis 8 Wochen nach Niederkunft keine Kostenbeteiligung bei Krankheit bezahlen. Mit dem betreffenden Rundschreiben vom 16. März 2018 dehnt das BAG dies nun auch auf Leistungen im Falle von Unfällen aus. Warum und auf welcher Grundlage setzt sich das BAG über das Parlament hinweg und wird gesetzgeberisch tätig?

18.5360 Barrile. Zwangslizenzen zur Entlastung der Gesundheitsbudgets auch in der Schweiz?

Zwangslizenzen sind ein wichtiges Instrument um den Zugang zu Medikamenten zu stärken und Gesundheitsbudgets zu entlasten. In den Medien las man, dass gesetzliche Grundlagen für Zwangslizenzen fehlten. Das Patentgesetz beinhaltet aber mit Artikel 40 mehrere TRIPS-kompatible Vorschriften für den Gebrauch des Instruments, auch durch die Regierung.

Stimmt der Bundesrat zu, dass gestützt auf nationales und internationales Recht die Anwendung von Zwangslizenzen in der Schweiz grundsätzlich möglich wäre?

18.5373 Crottaz. Medizinische Überwachung von Kindern zuhause bei komplexen Langzeiterkrankungen

Dank der Überwachung durch Pflegefachpersonen zuhause können Kinder, bei denen jederzeit ein medizinischer Notfall eintreten kann, bei ihrer Familie wohnen. Die Überwachung wird über die IV und nicht über die Krankenversicherung finanziert. Mit der Vorlage 17.022 zur Änderung des IVG sollen die Leistungen der IV an diejenigen des KVG angepasst werden. Das IV-Rundschreiben Nr. 362 des BSV hält allerdings fest, dass Arbeiten im Gange sind, um das Problem der Überwachung zu lösen. Bedeutet dies, dass die IV die Überwachungsleistungen weiterhin decken wird?

18.5378 Moret. Umsetzung der eidgenössischen Volksinitiativen "Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)" und "Für Ernährungssouveränität"

1. Welche Folgen hätte ein Ja zur Fair-Food-Initiative für die einheimischen Landwirtschaftsbetriebe und für die Lebensmittelindustrie?
2. Wie wird sichergestellt, dass die Schweizer Landwirtschaftsbetriebe gegenüber den ausländischen Produzenten nicht benachteiligt sind, weil die Produktionskosten aufgrund zusätzlicher Kontrollen höher sind?

18.5381 Roduit. Einsamkeitsgefühle bei Jugendlichen

Kürzlich haben mehrere Umfragen zutage gebracht, dass sich Jugendliche in der Schweiz einsam und verbunden damit unwohl fühlen. Eine Nachfrage beim Dokumentationsdienst des Parlaments hat indes ergeben, dass in der Schweiz keine neueren und verlässlichen Studien über die allgemeinen Ursachen, das Ausmass und die Folgen dieses Missstands und über allfällige Gegenmassnahmen vorliegen, dies im Gegensatz zu anderen Ländern wie beispielsweise Frankreich.
Ist der Bundesrat bereit, eine solche Studie zu unterstützen?

18.5383 Roduit. Bundesamt für Statistik und tertiäre Bildung: mehr Transparenz

Bis vor Kurzem wurden die Erhebungen des Bundesamtes für Statistik zur gymnasialen Maturität den Schulen zugestellt, und die Erhebungen enthielten Daten, die für die Führung der Schulen und für die Begleitung der Schulabgängerinnen und -abgänger und der Studierenden wichtig sind, wie namentlich Daten über die Erlangung der Maturität, über die Immatrikulation, über die Dauer und über die Erfolgsquote auf der Tertiärstufe. Ist der Bundesrat bereit, dafür zu sorgen, dass Statistiken, die die Nachverfolgung aller Studierenden gewährleisten, weiterhin erstellt und den Interessierten zugestellt werden?

18.5403 Martullo. Wie kommt der Bundesrat dazu das Rahmenabkommen durch die Hintertür einzuführen?!

- Wie kommt der Bundesrat dazu, das Gesetz über technische Handelshemmnisse, welches Teil der Bilateralen I und der Rahmenvertragsverhandlungen mit der EU ist, durch die Hintertür mittels der Revision des Heilmittelgesetzes, so anzupassen, dass er neu die Kompetenz erhält dynamisch EU-Recht nachzuvollziehen?
- Gibt er allein wegen der Zeitdauer den demokratischen und gesetzgeberischen Prozess der Schweiz preis?

Justiz- und Polizeidepartement

18.5315 Steinemann. Wie erfolgreich war bisher die Integrationsindustrie?

Die ganze Sozialindustrie baut auf der Behauptung auf, es würden in Zukunft Sozialhilfekosten gespart. Neu will der Bund dreimal so viel Steuergeld in die Integrationskurse fliessen lassen. Zwischen 2010 und 2017 hat die Zahl der Stellen in der Schweiz um 527 000 (von 4,48 auf 5,007 Mio.) zugenommen.
- Wie viele davon gingen jeweils an anerkannte Flüchtlinge?
- Wie viele an vorläufig Aufgenommene?
- Wie viele an Asylbewerber?

18.5324 Steinemann. Glaubhaftmachen von Verwandtschaften beim Asyl-Familiennachzug

Eine Gemeinde und die Staatsanwaltschaft informierte die Presse über einen Fall von Familiennachzugs-Betrug von Eritreern. Die behauptete Verwandtschaft müsse glaubhaft gemacht werden, sagt das SEM. Bei Zweifeln am Verwandtschaftsgrad würden DNA-Proben gemacht.

- In wie vielen Fällen bestanden Zweifel und wurde in den letzten 10 Jahren DNA-Proben vor dem Vollzug der Einreise gemacht?
- In wie vielen Fällen erwies sich die behauptete Verwandtschaft als Falschangabe?
- Wie viele Verurteilungen gab es?

18.5325 Geissbühler. Möglichkeit der Ausweisung abgewiesener Asylbewerber in Nachbarstaaten der Herkunftsländer

1. Gibt es OECD-Staaten, die abgewiesene Asylbewerber in die Nachbarstaaten der Herkunftsländer (oder in die Nähe derselben) zurückschaffen?
2. Warum geht das nicht auch für die abgewiesenen Asylbewerber in der Schweiz?

18.5326 Geissbühler. Wie erfolgreich ist die Aktion des SEM, eritreische Wirtschaftsflüchtlinge zurück zu schaffen

Der Bund hat rund 3200 eritreischen Staatsangehörigen den Entzug der Aufenthaltsbewilligung ausgehändigt.

1. Wie viele dieser Personen haben gegen die Verfügung Rekurs eingereicht?
2. Was kostet uns diese Beschwerdeführung (Gratisanwalt etc.)

18.5328 Clottu. Gesetzeswidrige Verwendung der Schweizerfahne durch das Internationale Olympische Komitee

Gemäss Artikel 3 des Wappenschutzgesetzes zeigt die Schweizerfahne ein Schweizerkreuz in einem quadratischen Feld. Vorbehalten bleiben laut dem genannten Artikel einzig das Schifffahrtgesetz, das Luftfahrtgesetz und das Militärgesetz. Keine anderen Ausnahmen sind also möglich.

Hat der Bundesrat die Absicht zu verlangen, dass die vom Internationalen Olympischen Komitee verwendete Schweizerfahne an den nächsten Olympischen Spielen quadratisch ist?

18.5335 Steinemann. Warum sind plötzlich so viele Georgier angeblich politisch verfolgt und an Leib und Leben bedroht?

Nach der Statistik 1Q/2018 stellen Georgier plötzlich die meisten der sogenannten "Asyl-Spontanträge" (mehr als Eritreer und Syrer, wenn man Familiennachzug, Relocation und Geburten während Asylverfahren in Abzug bringt). Das SEM erklärt das mit der Visaliberalisierung.

- Was hat der Wegfall der Visumspflicht im Schengenraum mit der Verfolgung an Leib und Leben georgischer Bürger zu tun?
- Ist es nicht so, dass Georgier gerne mal ein Asylgesuch stellen, um hier ungestört kriminell wirken zu können?

18.5336 Glauser. Beschwerderecht in der StPO

Sieht der Bundesrat im Rahmen einer nächsten Reform vor, ein Beschwerderecht gegen Sicherheitshaft während eines Verfahrens vor dem Berufungsgericht einzuführen?

Diese Problematik betrifft Artikel 232 der Strafprozessordnung. Die aktuelle Situation ist mehr als fragwürdig. Auch die Rechtslehre diskutierte bereits über die Vereinbarkeit des Artikels mit der Bundesverfassung und der EMRK.

Ich danke dem Bundesrat und seinen Dienststellen für die Beantwortung der Frage.

18.5346 Fluri. Geboren am 00.00.xxxx. Welche Anpassung der Rechtsgrundlagen meint der Bundesrat in seiner Antwort vom 4. Juni 2018 auf die Frage 18.5274?

In seiner Antwort führt der Bundesrat aus, er sei bereit, pragmatische Lösungen zu suchen, wo das Datenformat 00.00.xxxx Schwierigkeiten bereite. Nun, entscheidend für Betroffene ist nicht, ob Pässe/ID mit diesen Daten gültig sind, sondern ob diese Dokumente dort anerkannt werden, wo es für sie um den Zugang zu wichtigen öffentlichen oder privaten Diensten geht (Banken, Post, OeV etc.). Und dies ist eben sehr oft nicht der Fall!

Mit welcher 'Anpassung bis voraussichtlich Ende 2018' ist zu rechnen?

18.5348 Amaudruz. Migrationspolitik. Welche Massnahmen werden angesichts der neuen italienischen Regierung in Betracht gezogen?

Die neue italienische Regierung, die seit letzter Woche im Amt ist, macht kein Geheimnis daraus, dass sie die illegalen Einwanderinnen und Einwanderer aus Italien verjagen will. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, dass manche Personen unser Land einer Rückkehr nach Hause vorziehen werden.

- Hat der Bundesrat die möglichen Folgen eines Anstiegs der Zahl von Personen analysiert, die ohne geregelten Aufenthaltsstatus an unserer Südgrenze ankommen?
- Welche Massnahmen werden in diesem Fall erlassen?

18.5368 Bühler. Wirksamkeit einer von der Schweiz finanzierten nigerianischen Fernsehserie

Laut der Tageszeitung "20 Minuten" hat die Schweiz eine nigerianische Fernsehserie, die Ausreisewillige von der Emigration abhalten soll, mit 450 000 Franken finanziert. Die Serie sei bis Ende 2017 in Nigeria von Millionen Menschen gesehen worden.

- Ist diese Massnahme tatsächlich wirksam?

Und warum?

- Konnte zwischen dem Jahresende 2017 und April 2018 eine rückgängige Zahl von in Italien ankommenden nigerianischen Staatsangehörigen festgestellt werden?
 - Ist vorgesehen, dass erneut eine Fernsehserie finanziert wird?
- Weshalb?

18.5370 Steinemann. Wie läuft das mit dem Personal Coach für die Asylpersonen?

Das SEM spricht zusätzlich 132 Millionen pro Jahr für die Integrationsindustrie. Unter anderem wird jedem Betroffenen während des ganzen Integrationsprozesses ein persönlicher Coach zur Seite gestellt. Ein Blick auf die Angebote zeigt die Kosten: Bei der AOZ beispielsweise wird eine Stunde Integrationsbegleitung für 120 Franken angeboten.

- Was kostet ein persönlicher Integrationsbegleiter?
- Welche Aufgabe hat er?
- Wer hat die Aufsicht?
- Wo und wie wird sein Nutzen eruiert?

18.5371 Steinemann. Subjektive und objektive Nachfluchtgründe, die Abgewiesene zu Flüchtlingen machen

18.3280 zufolge konnten in den letzten 5 Jahren rund 6300 abgewiesene Asylgesuchsteller nachträglich einen Fluchtgrund geltend machen. Das Recht unterscheidet zwischen subjektiven und objektiven Gründen, letztere kann die Asylperson nicht beeinflussen. Abgewiesene müssen die Schweiz unverzüglich verlassen.

- Wie kommt es, dass sich nachträglich ein Fluchtgrund einstellen kann?
- Wie viele objektive Nachfluchtgründe wurden in den letzten 10 Jahren geltend gemacht?
- Wie viele wurden anerkannt?

18.5372 Steinemann. Abgewiesene Asylbewerber, die sich nachträglich die Fluchtgründe schaffen

In den letzten 5 Jahren haben sich 6300 abgewiesene Asylgesuchsteller nachträglich einen Fluchtgrund geschaffen, das geht aus der Antwort zu 18.3280 hervor.

Artikel 54 AsylG gewährt ihnen kein Asyl, bleiben dürfen sie trotzdem.

- Was bedeutet das in rechtlicher Hinsicht, wenn man kein Asyl erhält, aber trotzdem als Flüchtling anerkannt wird?
- Raten flüchtlingsfreundliche Organisationen und Personen zu exilpolitischen Tätigkeiten?
- Hat Artikel 54 AsylG eine internationale Grundlage?

18.5374 Gschwind. Berner Langsamkeit: Mythos oder Realität?

Am 18. Juni 2017 haben sich 51,7 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Moutier dafür ausgesprochen, dass ihre Stadt zum Kanton Jura wechselt. Rund ein Dutzend Beschwerden blockieren gegenwärtig den Vollzug des Kantonswechsels. Diese Situation der Unsicherheit belastet die Stimmung in der Hauptstadt des Amtsbezirks. Vonseiten des Regierungsstatthalteramts herrscht Funkstille, was dem Lager der Abstimmungsgewinner zu denken gibt.

Und hierzu nun meine Frage:

Ist der Bundesrat bereit, bei der Berner Kantonsregierung darauf hinzuwirken, dass sie sich ein bisschen beeilt, die Situation zu deblockieren?

18.5375 Aeschi Thomas. Zahl der ausgeschafften Äthiopier, die sich illegal in der Schweiz aufhalten

Gemäss Medienberichterstattung akzeptiert Äthiopien neuerdings Zwangsrückführungen von äthiopischen Staatsangehörigen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten. Derzeit sind gemäss Statistik gut 1500 Äthiopier im Schweizer Asylprozess, rund 300 Ausschaffungen sind hängig.

Wie viele Ausschaffungen haben stattgefunden bzw. sind in Vorbereitung seit die Vereinbarung in Kraft ist?

18.5376 Aeschi Thomas. Anwendung der Härtefallregel in der Schweiz

Gemäss der Luzerner Zeitung vom Dezember 2017 können die Kantone eine humanitäre Aufenthaltsbewilligung beantragen.

- Welche fünf Kantone haben beim Bund am meisten Härtefallbewilligungen beantragt?
- Welche Kantone haben gar keine Härtefallbewilligungen beantragt?

Gemäss der Luzerner Zeitung gibt es eine auffällige Diskrepanz zwischen den Deutschschweizer und den Westschweizer Kantonen.

- Ist diese Diskrepanz für den Bundesrat problematisch, im Hinblick auf den Grundsatz der Gleichbehandlung?

18.5388 Rösti. Verantwortung für die Beurteilung ob eine Person als Gefährder einzustufen ist

Die Antwort zur Frage 18.5305 relativiert die Beurteilung des Nachrichtendienstes, wann eine Person als potentieller Gefährder einzustufen ist, weist aber die Verantwortung für die Sicherheit dann trotzdem zur Hauptsache dem NDB zu.

Vor diesem Hintergrund ersuche ich den Bundesrat, die folgende Nachfragen zu beantworten:

- Wer ist abschliessend zuständig für die Beurteilung, ob eine Person als Gefährder einzustufen ist?
- Müssen Gefährder nicht sofort ausgeschafft oder interniert werden?

18.5390 Arslan. Zwangslizenzen zur Gewährung der Gesundheitsversorgung

Zwangslizenzen sind ein integraler Bestandteil des internationalen Patentrechtsystems (TRIPS). Im TRIPS-Abkommen sind die Bedingungen für das Verfahren definiert, aber es gibt keine Einschränkungen bezüglich der Beweggründe oder der Umstände im Bereich der öffentlichen Gesundheitsversorgung, um eine Zwangslizenz anzuwenden.

- Anerkannt der Bundesrat den Grundsatz der Souveränität für die Anwendung von Zwangslizenzen?
- Wird er künftig darauf verzichten, in andern Ländern, wie z.B. Kolumbien, zu intervenieren?

18.5401 Müller Leo. Wird der Härtefall zum Normalfall?

Vor kurzem hat das Bundesamt für Statistik die Zahlen veröffentlicht, wie die Ausschaffungsartikel umgesetzt werden. Diese zeigen, dass der Härtefall zum Normalfall wird. Härtefälle wären es nur, wenn Maximum fünf bis zehn Prozent der Fälle betroffen wären.

- Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um den Willen des Parlaments umzusetzen?
- Wann wird er welche Massnahmen in die Wege leiten?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**18.5327 von Siebenthal. Ruag**

Aus der Presse konnte entnommen werden, dass der Ruag Standort Belp geschlossen wird. Im Weiteren hat die Ruag darüber informiert, dass die Ruag in 2 unabhängige Geschäftseinheiten (International und National) aufgeteilt werden sollen.

- Ist die Schliessung von weiteren Standorten der Ruag in den kommenden 10 Jahren zu erwarten?
- Wird die in der WEA versprochene Regionalisierung und die der Ruag beauftragte Schutz der Randregionen (u.a. die Standorte Lodrino, Aigle und Zweisimmen) gelebt oder werden wirtschaftliche Kriterien, das Überleben der militärischen Standorte, wie auch die Standorte der militärnahen Betriebe (z.B. der Ruag) in den Randregionen gefährden?
- Die Ruag soll gemäss ersten Abklärungen im nationalen Teil ausschliesslich für die Armee Arbeiten leisten dürfen. Warum sollen Arbeiten zu Gunsten des Sicherheitsverbunds Schweiz oder im Mandat Dritter (z.B. Swisscom, Rheinmetall) zu Gunsten der Armee ausgeschlossen werden?
- Wird der nationale Teil der Ruag in den kommenden Ausschreibungen (z.B. Bodlup, Telekommunikation der Armee) als Material Kompetenz Zentrum (MKZ) unverhandelbar festgelegt umso die Zukunft des nationalen Teils der Ruag sicherzustellen?

18.5332 Mazzone. Bestände von Arme und Zivildienst: Für brauchbare Fakten braucht es mehr Transparenz

Die fehlerhafte Verwendung von Zahlen bei Debatten über die Armeebestände beeinflusst massgeblich die Diskussionen. Da der Bundesrat das Zivildienstgesetz ändern will, ist eine Übersicht erforderlich.

- Welcher Prozentsatz aller wehrpflichtigen Männer hat 2017 nach der Rekrutenschule in den Zivildienst gewechselt?
- Welcher Prozentsatz der im Jahr 1983 geborenen Männer hat Zivildienst geleistet? Wie viele wurden an der Rekrutierung oder später für militärdienstuntauglich erklärt?

18.5340 Mazzone. Will die Armee die Ausbildung und die berufliche Zukunft ihrer Rekrutinnen und Rekruten gefährden, die nicht an einer Universität studieren?

Weil der Anfang der Rekrutenschule (RS) dem akademischen Kalender der Universitäten angepasst wurde, beginnt die RS für junge Menschen in der Lehre oder am Gymnasium vor dem Ende der Prüfungen.

- Ist es erfolgversprechend, während der Prüfungszeit in einer Kaserne zu schlafen?
- Wie begründet die Armee die Benachteiligung von Lehrlingen, Schülerinnen und Schülern?
- Müsste die RS nicht verkürzt werden, um sie mit der Laufbahn der Jugendlichen und der heutigen Realität zu vereinbaren?
- Falls dies nicht möglich ist, sollte die RS nicht unterbrochen oder flexibler gestaltet werden können?

18.5380 Addor. Schweden gibt einen Ratgeber für den Krisenfall heraus. Was unternimmt die Schweiz?

In Schweden erhalten alle Haushalte einen Ratgeber mit Empfehlungen zur Vorbereitung auf Krisen, Kriege und Katastrophen. In der Schweiz könnte man diesen mit dem "Ratgeber für Notsituationen" aus dem Jahr 2004 vergleichen, es sei denn, man geht zurück bis ins Jahr 1969, als das Buch "Zivilverteidigung" erschien.

Wäre es nicht angezeigt, dass sich die Schweiz angesichts der Risikoentwicklung (Kriege einerseits, Attentate, Cyberangriffe, Naturkatastrophen andererseits) am Beispiel Schwedens orientiert?

18.5382 Roduit. Exzesse von Tierschutz-Aktivismus bekämpfen

Im Zusammenhang mit Tierschutz-Aktivismus haben in jüngerer Zeit mehrere Gewaltakte die Schweizer Öffentlichkeit erschüttert. Insbesondere wurden Metzgereien durch Steinwürfe beschädigt.

Wie beurteilt der Bundesrat die Situation und welche Massnahmen gedenkt er allenfalls gegen solche Auswüchse zu treffen?

18.5389 Hurter Thomas. Journalistenreise zu Flugzeugherstellern

Anscheinend beginnen Anbieter von Kampfflugzeugen Schweizer Journalisten in ihre Werke einzuladen. Vor der Evaluation solche Reisen zu unternehmen, ist mehr als fragwürdig. Medien werden ja oft als weitere Staatsgewalt bezeichnet.

- Hat der Bundesrat davon Kenntnis?
- Wenn ja, um welche Anbieter handelt es sich?
- Wie beurteilt er solche Reisen bevor die eigentliche Evaluation angefangen hat?
- Von wem werden diese Reisen finanziert?

18.5393 Sommaruga Carlo. Was hat die Ruag mit Medienpolitik und politischer PR gegen den Bundesrat zu tun?

Der Bund ist Eigner der Ruag Holding AG. Die Ruag ist zu 49,5 Prozent an der "Visier Medien Holding AG" mit Sitz in Zug beteiligt. Dieser Verlag fährt über seine Website www.all4shooters.com eine politische Kampagne gegen die Umsetzung der EU Waffenrichtlinie.

- Sorgt der Bundesrat für politische Neutralität der Ruag und ihre Beteiligungen?
- Wird er die Ruag anweisen, der indirekten Medienförderung ein Ende zu bereiten und die Beteiligung an der "Visier Medien Holding AG" zu verkaufen?

18.5412 Sommaruga Carlo. RUAG: Nimmt das VBS keinerlei Evaluation der Preisgestaltung der RUAG vor?

Die Medien haben aufgedeckt, dass wegen überrissener Preise für Leistungen, die die RUAG dem Bund erbracht hat, ein Strafverfahren läuft. Manche denken, dass das VBS davon wusste.

- War das VBS darüber im Bild?
 - Wenn ja: Warum hat es nicht gehandelt?
 - Wenn nein: Kann das VBS Auskunft darüber geben, ob es jede Leistung der RUAG einer vergleichenden Marktstudie unterzogen hat?
- Falls es dies nicht getan hat: Kann es erläutern, weshalb nicht?
- Spielt die Durchlässigkeit zwischen dem Personal des VBS und jenem der RUAG in dieser Sache eine Rolle?

Finanzdepartement

18.5318 Vitali. Weisungen zum Personalvoranschlag 2019 erfolgt?

Den Weisungen des Bundesrates zum Voranschlag 2019 (4.1 Ausgangslage, Seite 7) können wir entnehmen, dass der Bundesrat im März 2018 gemäss Antrag des EPA Beschlüsse zum Personalvoranschlag fällt.

- Hat das EPA seine Weisungen zum Personalvoranschlag daraufhin aktualisiert?
- Wenn ja, haben diese Weisungen Einfluss auf das Budget 2019?
- Wie lauten diese?

18.5333 Walliser. Hypnosetherapie kann Linderung verschaffen und Kosten sparen

Die Hypnosetherapie kann bei Leiden mit psychischem Anteil Linderung verschaffen oder sie ganz zum Verschwinden bringen - in der Regel mit wenigen Sitzungen. Im Tarif 590 der anerkannten Heilmethoden ist Hypnose jedoch nicht aufgeführt. Fachleute sind jedoch überzeugt, dass in grossem Stil gespart werden kann, wenn Hypnosetherapie Verbreitung findet und schulmedizinische Behandlungen von zertifizierten Therapeuten begleitet werden.

Ist der Bundesrat bereit, den Tarif 590 entsprechend zu ergänzen?

18.5337 Hiltbold. Auszahlung der AHV-Rente ins Ausland: Warum in Dollar und nicht in Schweizerfranken?

Die Ausgleichskassen überweisen bei Auszahlungen der AHV-Rente ins Ausland einen Dollarbetrag; danach wird das Geld in die jeweilige Landeswährung gewechselt. Schweizerfranken sind meist einfach zu wechseln - warum werden die AHV-Leistungen nicht gleich in Franken ausgerichtet?

So müssten die Versicherten das Wechselkursrisiko nicht tragen.

18.5353 Romano. Beziehungen Schweiz-Italien. Wie weiter?

Diverse hängige Dossiers zwischen der Schweiz und Italien sind schon lange blockiert. Dabei geht es um Fragen, die für das Tessin relevant sind, vor allem im Steuerbereich. Jetzt hat Italien eine neue Regierung. Die Roadmap von 2015 ist überholt und wird von Italien ohnehin nicht eingehalten.

- Wie will der Bundesrat den Dialog wieder in Gang bringen?
- Gibt es eine Strategie und Prioritäten in Bezug auf die Dossiers?
- Ist es nicht sinnvoll, das Projekt eines "neuen" Steuerabkommens ganz aufzugeben, um neuen Schwung in die Beziehungen zu bringen?

18.5394 Masshardt. Teilzeit beim Bund nur noch für Frauen erwünscht?

Artikel 60a BPV ermöglicht Angestellten bei Geburt eines Kindes jeweils bis zu 20 Prozent zu reduzieren (nicht unter 60%). 2014 machten etwa gleich viele Frauen und Männer davon Gebrauch. In den höheren Lohnklassen stammten 55 Prozent der Reduktionen von Männern.

2017 waren es total nur noch 30 Prozent Männer.

- Was sind die Gründe für den Rückgang?
- Wie sehen die aktuellen Zahlen aus? (nach Lohnklassen/Geschlecht/Ämter aufgeteilt)
- Was unternimmt der Bundesrat, um Teilzeit bei Männern wieder zu attraktiveren?

18.5402 Meyer Mattea. Verweigert der Bund Pensumsreduktion nach Geburt oder bei Adoption?

Die Bundespersonalverordnung sieht vor, dass Elternteilen nach der Geburt oder Adoption eines Kindes ihren Beschäftigungsgrad um 20 Prozent reduzieren können. Insbesondere männliche Angestellte der Bundesverwaltung berichten darüber, dass ihnen die Pensumsreduktion verweigert wurde.

- Sind dem Bundesrat Fälle bekannt, in denen Väter oder Mütter die beantragte Pensumsreduktion nicht gewährt wurde?
- Falls ja, welche Massnahmen wird er unternehmen, um dieses Anrecht für alle sicher zu stellen?

18.5405 Reynard. Grössenordnung der Kabotage in der Schweiz

Die Kabotage, das heisst Gütertransporte durch ausländische Fahrzeuge im Binnenverkehr, ist in der Schweiz verboten, in den Nachbarländern hingegen erlaubt. Eine solche Praxis setzt die Schweizer Transportunternehmen und die Bahn offensichtlich einem unlauteren Wettbewerb aus.

In den aktuellen Statistiken über die Schwerverkehrskontrollen gibt es keine dieser Problematik gewidmete Rubrik.

Gibt es Statistiken zur Anzahl Lastwagen, die wegen Kabotage in der Schweiz sanktioniert wurden?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation**18.5317 Girod. Mit unnötiger Bürokratie Zubau von Solarstrom bremsen?**

PV-Anlagen unter 30 kWp Leistung wurden bisher vom AC Elektriker, DC Elektriker und lokalen EVU geprüft. Seit 1. Januar 2018 müssen sie gemäss Artikel 35, Absatz 3 der NIV zusätzlich von einer zertifizierten Kontrollstelle überprüft werden. Bisher betraf das nur Anlagen grösser 30 kWp, siebenmal weniger Anlagen.

Diese überflüssige vierte Überprüfung verteuert die kleinste Anlage um 500 Franken. Teilt der Bundesrat die Einschätzung, dass dies nicht im Sinne der Energiestrategie ist, und diese bürokratische Hürde wieder abgebaut werden muss?

18.5321 Derder. Warum braucht es mehr als zehn Jahre, bis die SBB zugeben, dass sie ihren Kundinnen und Kunden einen kostenlosen Internetzugang anbieten müssen?

Lange haben sich die SBB geweigert, ihren Kundinnen und Kunden einen kostenlosen Internetzugang anzubieten, nun haben sie offensichtlich ihre Meinung geändert. Laut Monika Ribar wird "im zweiten Halbjahr 2018" eine Lösung entwickelt, wobei es sich aber nicht um WLAN handeln wird.

- Hat der Bundesrat diesbezüglich mit den SBB gesprochen?
- Warum brauchten die SBB zehn Jahre, um einzusehen, dass sie ihren Kundinnen und Kunden Internet zur Verfügung stellen müssen?
- Fehlt es ihnen an Konkurrenz?
- Weiss der Bundesrat, welche Technologie eingesetzt wird?
- Handelt es sich um eine Schweizer Zauberformel?

18.5322 Reimann Maximilian. Offenlegung von Windmessungen, Windprognosen und Windgutachten zum Windparkprojekt Burg in den Gemeinden Wölflinswil (AG) und Kienberg (SO)

An einer Mitgliederversammlung des windparkkritischen Vereins Pro Burg am 24. April war zu vernehmen, dass dem Verein kein Einblick in die vorhandenen Winddaten gewährt wird. Diese wären aber für eine seriöse Überprüfung der von direktinteressierten Kreisen vermutlich schöngefärbten Wirtschaftlichkeitsprognose unabdingbar.

- Ist der Bundesrat willens, mir Einblick in diese "Geheimdaten" zu verschaffen?
- Falls ja, wie ist weiter vorzugehen?
- Falls nein, wie verhielte sich das mit dem Öffentlichkeitsprinzip?

18.5329 Feller. Entwicklung des jährlichen Defizits der Post bei der Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften

In der Interpellation 18.3209 habe ich gefragt, ob das Defizit der Post bei der Zeitungszustellung im Laufe der letzten fünf Jahre grösser oder kleiner geworden ist. Der Bundesrat antwortete, dass nach Angaben der Post das Defizit der Zeitungszustellung im Jahr 2017 70 Millionen Franken betrug. Das beantwortet meine Frage nicht. Ist das Defizit der Post bei der Zeitungszustellung im Laufe der letzten fünf Jahre grösser oder kleiner geworden?

18.5331 Quadranti. 3. Dimension über dem Flugplatz Dübendorf möglichst freihalten

Zivilaviatische Nutzung bringt kaum Wertschöpfung. Der Innovationspark Dübendorf braucht auch Luftraum. Schon die Zusammenarbeit mit dem VBS ist nicht einfach. Die Frage stellt sich also, wie der Bundesrat sicherstellen kann, dass er die Innovation in Dübendorf durch falsche Entscheide nicht (ver-)hindert. Konkret geht es um Drohnen etc.. ETH und Startups benötigen den Luftraum. Ist sich der Bundesrat dieses Umstandes bewusst und bezieht dies in die künftige Nutzung des Flugplatzes mit ein?

18.5347 Schneeberger. Unnötiger "Swissfinish" bei Warnkleidern auf dem Bau

Laut der Eidgenössischen Verkehrsregelverordnung (VRV, SR 7 41.11), Artikel 48 Absatz 3, ist bei Arbeiten auf Fahrbahnen usw. das Tragen von rückstrahlender Kleider mit langen Hosenbeinen Pflicht. Die in der Schweiz anerkannte europäische Norm SN EN ISO 20471 hingegen lässt u.a. das Tragen von kurzen Hosen in gewissen Fällen zu. Weshalb gilt hier eine strengere Norm als im europäischen Umland?

18.5351 Page. Information des Parlaments über die Zustellungspreise für Zeitungen

Artikel 16 Absatz 3 des Postgesetzes betrifft die Zustellungspreise für Zeitungen und Zeitschriften. In seiner Antwort auf die Interpellation 18.3210 teilt der Bundesrat mit, dass die Post die rechtlichen Vorgaben zur Preisgestaltung umsetzen muss, dass aber keine Pflicht zur Offenlegung der Berechnungsmethoden bestehe.

- Warum hat der Bundesrat zu dieser rechtlichen Vorgabe keine Ausführungsbestimmungen auf Verordnungsstufe erlassen?
- Ist es tatsächlich zulässig, dass dem Parlament die Information, wie eine rechtliche Bestimmung umgesetzt wird, verweigert wird?

18.5355 Büchel Roland. Postauto Schweiz AG: Quersubventionen, Verluste und "kreative" Buchhaltung auch im Fürstentum Liechtenstein?

In Fürstentum Liechtenstein wird der Betrieb der Buslinien bald wieder ausgeschrieben. Zurzeit fährt die Postauto Schweiz AG die meisten Strecken.

Wie waren die Geschäftsergebnisse der Postauto Liechtenstein Anstalt (100%-Tochter der Postauto Schweiz AG) pro Jahr in den Jahren 2001 bis 2017?

- Wurde zu buchhalterischen Tricks gegriffen?
- Falls ja, zu welchen?
- Wie wurden allfällige Verluste ausgeglichen?
- Wird das Unternehmen bei der kommenden Ausschreibung wieder mitbieten und versuchen, lokale Anbieter auszustechen?

18.5356 Schneeberger. Eine ganze Region auf dem Abstellgleis?

Bereits 2025 muss der gut erschlossene Bahnhof Liestal mit Verschlechterungen im Fernverkehr (FV) rechnen. Bis 2035 soll Liestal zum Provinzbahnhof mit nur einer FV-Anbindung werden.

1. Teilt der Bundesrat die Sicht, dass die Region Liestal fälschlicherweise nicht als Einwohnerstarke Region (>70000 Einwohner) erkannt wurde?
2. Was ist seine Haltung dazu, dass die Bevölkerung 7 Jahre ein Eisenbahngrossprojekt (4-Spurausbau) ertragen muss und bei dessen Abschluss Verschlechterungen im FV erhält?

18.5369 Graf Maya. Was unternimmt der Bundesrat gegenüber der SBB zum Erhalt von Schnellzugshalten in regionalen Zentren, die eine massive Entlastung des privaten Verkehrs mittels Umsteigen ermöglichen?

Gemäss SBB-Rückmeldung soll die aktuell gut erschlossene Verkehrsdrehscheibe am Bahnhof Liestal bis 2035 zu einem Provinzbahnhof mit nur einem direkten Anschluss nach Zürich mutieren. Für die Kantonshauptstadt mit grossem Einzugsgebiet sind diese Verbindungen und Umsteigemöglichkeiten auf den Fernverkehr zentral.

Was unternimmt der Bundesrat gegenüber der SBB zum Erhalt von Schnellzugshalten in regionalen Zentren, die eine massive Entlastung des privaten Verkehrs mittels Umsteigen ermöglichen?

18.5400 Leutenegger Oberholzer. Wird die Kantonshauptstadt Liestal bahntechnisch abgehängt?

Der Kantonshauptort Liestal ist derzeit eine aktuell gut erschlossene Verkehrsdrehscheibe für den Kanton Basel-Landschaft. Das soll sich SBB-Rückmeldung zufolge auf die Vorschläge des BAV ändern.

Dazu wird der Bundesrat um die Beantwortung von Fragen gebeten:

1. Trifft es zu, dass Liestal bis 2035 zu einem Provinzbahnhof mit lediglich einem direkten Anschluss nach Zürich mit zusätzlichen Haltestellen herabgestuft werden soll?
2. Trifft es zu, dass bereits ab dem Jahr 2025 mit Verschlechterungen zu rechnen ist, so z.B. mit Umsteigen in Zofingen für die Fahrt nach Luzern und zusätzliche Haltestellen nach Zürich, also ausgerechnet in dem Jahr, in welchem der Vierspurausbau, ein mehrere hundert Millionen schweres siebenjähriges Bauprojekt sowie der neue Bahnhof in Betrieb genommen werden sollen?
3. Geht das BAV bei den Planungen davon aus, dass mit dem Viertelstundentakt von Liestal aus ein Umweg nach Basel verkraftbar wäre, um nach Bern oder Luzern zu gelangen?

18.5361 Hiltbold. Verfahren der Zuteilung von Mobilfunkfrequenzen

Ein leistungsfähiges Mobilfunknetz ist für unser Land sehr wichtig. Dem Verfahren der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen mit entsprechender Freigabe ab 2019 kommt darum eine besondere Bedeutung zu.

- Ist dies das optimale Verfahren zur Gewährleistung des Wettbewerbs, sodass die Bevölkerung und die Wirtschaft davon profitieren können?
- Erlaubt das Verfahren die reibungslose Einführung von 5G, der fünften Generation von Mobilfunkstandards?

18.5362 Sollberger. Neuenburg verbietet Trinkhalme aus Plastik. Reine Symbolpolitik?

Die Stadt Neuenburg will aus Gründen des Umweltschutzes Trinkhalme aus Kunststoff (Plastik) verbieten. Die EU plant noch weitreichendere Verbote. Trotz solch fragwürdiger Tendenzen, setzt die öffentliche Hand etwa bei der Wasserversorgung auf Kunststoffrohre.

- Leistet das Verbot von Trinkhalmen aus Plastik einen wichtigen Beitrag an den Umweltschutz?
- Macht es in diesem Kontext Sinn, bei der Wasserversorgung Plastikrohre zu verbauen?
- Gibt es in der Wasserversorgung Alternativen zu Plastikrohren?

18.5363 Amherd. Weiterbildung von Neulenkern

Mit OPERA 3 schlägt der Bund vor, die Weiterbildung für Neulenkende in der 3-jährigen Probezeit von 16 auf 7 Stunden zu senken. Das heutige Modell der Zweiphasenausbildung ist sehr erfolgreich, wie Zahlen des Astra und der bfu belegen. Warum will der Bund das bestehende Modell der Zweiphasenausbildung ändern, wenn die Unfallzahlen in der Schweiz seit der Einführung im Jahr 2005 markant verbessert wurden (wie in keinem anderen europäischen Land)?

18.5364 Regazzi. Reisezeit auf der Nord-Süd-Achse: Welches Folgen haben die geplanten Arbeiten?

Bereits in meiner Interpellation 13.3290 habe ich darauf hingewiesen, dass die erneute zweijährige Umleitung die Fahrzeit der EC-Züge zwischen dem Tessin und Zürich verlängern wird; dadurch gerät die Nord-Süd-Verbindung erneut unter Druck.

Ich frage den Bundesrat:

1. Ist bestätigt, dass sich die Reisezeit bis Ende 2020 um 10 bis 15 Minuten verlängern wird?
2. Mit welchen weiteren Auswirkungen muss abgesehen von einer längeren Reisezeit für die Verbindungen aus dem und ins Tessin gerechnet werden?
3. Ist vorgesehen, dass gewissen Verbindungen ganz ausfallen?

18.5366 Humbel. SBB schliesst Gepäckschalter zum Nachteil von ÖV-Reisenden und Tourismus-Orten

Dem Vernehmen wurde per 5. Juni der Gepäckverkehr an rund 100 Bahnhöfen gestrichen. Die Betroffenen, darunter Tourismusdestinationen wie Bad Zurzach mit 600 000 Gästen pro Jahr, sollen nicht einmal informiert worden sein.

Ich bitte den Bundesrat folgende Fragen zu beantworten:

- Wie weit gehört das Betreiben eines Gepäckschalters zum Service public?
- Gibt es keine Informationspflicht der SBB oder ein Mitspracherecht betroffener Orte?
- Verliert der ÖV mit dieser Massnahme nicht an Attraktivität?

18.5379 Knecht. Risiko Gateway Basel Nord

Das Containerterminal Gateway Basel Nord wird vom Bund mitgetragen und die marode SBB Cargo ist daran beteiligt.

Ich bitte den Bundesrat die folgenden Fragen zu beantworten:

- Ist es korrekt, dass beim neuen Containerterminal nicht mehrere Schiffe gleichzeitig und nicht die ganzen Schiffe ihre Ladung löschen können?
- Wie hoch ist das Risiko einer Fehlinvestition?

18.5384 Sollberger. Sicherheitsbedenken bezüglich Gateway Basel Nord

In der Region Basel gibt es grosse Sicherheitsbedenken zu "Gateway Basel Nord" (GBN). Ein bikantonaler Bericht BL/BS "Risikoermittlung Rhein 2.0" wird mit Hinweis auf "provisorische Kriterien des Bafu" unter Verschluss gehalten.

- Hat der Bund Kenntnis vom Bericht und weshalb er nicht veröffentlicht wird?
- Welche Kriterien des Bafu sind ausstehend?

Wann liegen sie vor?

- Wann erfährt die Bevölkerung, welche Risiken mit GBN tatsächlich verbunden sind?

18.5386 Walliser. Vernehmlassung über "Änderung technischer Anforderungen" bezüglich vereinfachter Verkehrszulassung

Die Motion Darbellay (13.3818) bezüglich vereinfachter Verkehrszulassung wurde vom Parlament befürwortet, die entsprechende Vernehmlassung war durchwegs positiv. Gleichzeitig mit der Vernehmlassung wurde u.a. den kantonalen STVA mitgeteilt, man plane weitergehende Neuregelung zum Zulassungsverfahren (Abschaffung Typenschein). Damit würde der Bundesrat die Umsetzung der Motion torpedieren.

- Wie gedenkt der Bundesrat die Motion umzusetzen?
- Wie respektiert er Parlamentswillen und Vernehmlassungsergebnis?

18.5395 Rytz Regula. Opera 3. Autofahren mit 17?

Mit der Vorlage OPERA 3 will der Bund das Autofahren mit Laienbegleitung ab Alter 17 zulassen. Der Bund begründet den Vorschlag mit guten Erfahrungen im Ausland. Er verschweigt allerdings, dass das begleitete Fahren im Ausland (D, A, F) unter völlig anderen Rahmenbedingungen stattfindet und mit einem Fahrschul-Obligatorium verknüpft ist.

Warum fehlen in der Anhörungsvorlage konkrete Informationen zu den Anforderungen an begleitetes Fahren mit Alter 17 in den europäischen Nachbarländern?

18.5396 Rytz Regula. Opera 3. Unterschiedliche Sicherheitsstandards im zivilen und im militärischen Bereich?

Im Dezember 2017 hat das VBS eine öffentliche Ausschreibung für Fahrtrainingskurse durchgeführt (Projekt-ID 161952). Die Kurstage sind insbesondere für das Berufsmilitär vorgesehen. Während das Fahrtraining im Militär intensiviert wird, soll die Weiterbildung bei Neulenkenden in der Probezeit im Rahmen von Opera 3 von 16 auf 7 Stunden reduziert werden.

Wird die Verkehrssicherheit im militärischen Bereich höher gewichtet als im zivilen Bereich?

18.5397 Piller Carrard. Restrukturierung von Postfinance

Die Post hat angekündigt, dass bei der Postfinance bis 2020 mehr als 500 Stellen gestrichen werden. Die Postfinance sagt nicht, welcher Bereich davon betroffen sein wird, welche Region auch nicht.

- Inwiefern tangiert diese Restrukturierung den einzigen Sitz der Postfinance in der Romandie?

- Wie gedenkt der Bundesrat einen erneuten Abbau des Bereichs Finanzen der Post zu verhindern?

18.5399 Leutenegger Oberholzer. Drohnen

1. Wie präsentiert sich derzeit die rechtliche Situation beim Einsatz von Drohnen?
 2. Wie viele Drohnen sind derzeit in der Schweiz im Einsatz; wie viele davon zu privaten Zwecken und wie viele in kommerziellem bzw. professionellem Einsatz?
 3. Welche Voraussetzungen bedarf es für den Einsatz von Drohnen: Meldepflicht, Bewilligungen etc.?
 4. Scheidet das Bazl feste Flugrouten für Drohnen aus?
- Wenn ja, wie werden diese gekennzeichnet?

18.5404 Reynard. Risikoanalyse für den Simplon

Im Bericht über die Verkehrsverlagerung 2017 schreibt der Bundesrat, für den Gefahrguttransport sei vorgängig eine Risikoanalyse durchzuführen, in der die Risiken des Bahntransports und des Transports auf der Strasse einander gegenübergestellt werden.

Wird diese Risikoanalyse zurzeit durchgeführt, und wann wird sie veröffentlicht?

18.5406 Trede. Datenbankabfrage bei UVP-pflichtigen Projekten

Die Planung von UVP-pflichtigen Projekten erfordert die Datenbankabfrage von Tier-, Pilz-, Moos- und Pflanzenarten. Gegenwärtig müssen Fundangaben bei 9 unterschiedlichen Datenbanken abgefragt werden. Lange Wartezeiten bis zum Erhalt der unkommentierten Daten und hohe Kosten erschweren und verteuern die Umweltverträglichkeitsabklärungen.

- Welche Gründe sprechen für neun verschiedene Datenbanken?
- Ist eine einzige Datenbank mit Funddaten aller Arten aus Sicht des Bundesrates erwünscht?

18.5411 Friedl. Wärmestress der Fische durch Abwärme aus AKWs

In den Fliessgewässern steigt die Wassertemperatur seit Jahren kontinuierlich an. Fische leiden unter dem Wärmestress, insbesondere die sensible Bachforelle wird stark dezimiert. Die Erwärmung ist auf die Klimaänderung zurückzuführen; die EPFL hat festgestellt, dass auch das Kühlwasser aus AKWs die Flüsse aufheizt.

- Wie hoch ist der Beitrag der AKWs einzeln und insgesamt?
- Was wird unternommen, damit die Erwärmung durch die AKWs reduziert wird?
- Wie sieht die Zukunft der einheimischen Fische aus?

Büro**18.5398 Masshardt. Intransparentes Lobbying der Kantonsvertreterinnen und -vertreter?**

Gemäss Vorentwurf der SPK-S zur Pa.IV. "Eine Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament" besitzen 21 Kantonsvertreterinnen und -vertreter einen Dauerausweis für den Zutritt ins Parlament (Stand Sept. 2017).

- Gibt es eine Liste der Namen der Kantonsvertreterinnen und -vertreter (analog zu den Zutrittsberechtigten der Parlamentarierinnen und Parlamentarier)?
- Falls ja: Ist diese öffentlich zugänglich?
Wo?
- Falls nein: Was sagt das Büro dazu, dass Politik und Öffentlichkeit diesbezüglich im Dunkeln gelassen werden?